

Berufsbildung gegen Bezahlung

Luca Preite

Das arbeitsmarktorientierte Schweizer Berufsbildungssystem gilt in politischer Hinsicht bezüglich der erwerbzentrierten gesellschaftlichen Integration von nachrückenden Generationen als Erfolgsmodell. Studien zeigen jedoch, dass dieses *Berufsbildungsversprechen* nur bedingt alle Jugendlichen mitberücksichtigt (Meyer und Sacchi 2020; Preite 2022). So scheint zum Beispiel die Arbeitsmarktorientierung des Berufsbildungssystems Personen mit Migrationshintergrund sowie auch sonderpädagogisch beschulte Jugendliche immer noch zu benachteiligen (Imdorf 2017; Scharnhorst und Kammermann 2020). Ebenso hartnäckig reproduzieren sich Geschlechterungleichheiten – trotz diverser bildungspolitischer Initiativen (Schwiter et al. 2014). Zweifel bestehen auch an der gepriesenen Durchlässigkeit ins Hochschulsystem, die primär für Schweizer Männer zu funktionieren scheint (Murdoch et al. 2017). Nicht zuletzt finden seit Mitte der 1990er-Jahre immer weniger Jugendliche direkt eine Lehrstelle; ihr Weg führt stattdessen in Übergangsausbildungen und Zwischenlösungen (Sacchi und Meyer 2016).

Entgegen seiner Darstellung als Erfolgsmodell weist das Schweizer Berufsbildungssystem zwei Schwachstellen auf: erstens in Bezug auf den Zugang zur beruflichen Grundbildung und zweitens hinsichtlich der Durchlässigkeit zur Berufsmaturität (BM) und zum Hochschulstudium. Zugleich ist mit Interesse zu beobachten, wie sich – von Politik und Wissenschaft kaum wahrgenommen – vermehrt Privatschulen an den beiden «Lücken» des Berufsbildungssystems zu positionieren versuchen, indem sie Lehrgänge der beruflichen Grundbildung wie auch der Berufsmaturitätsschulen (BMS) gegen Bezahlung anbieten.¹ Mit Slogans wie «Noch keine Lehrstelle? Wir haben freie Ausbildungsplätze» oder «Bei uns kannst du die Ausbildung auf schulischem Weg absolvieren – eine interessante Alternative zum immer kleiner werdenden Lehrstellenangebot» sowie «Keine Aufnahmeprüfung und kein Mindestnotendurchschnitt des EFZ verlangt» werben diese Privatschulen um potenzielle Bildungsklient:innen.

Vor diesem Hintergrund fragt der Beitrag *erstens* danach, wie viele Lernende eine berufliche Grundbildung oder die Berufsmaturität an einer Privatschule absolvieren,

zweitens, welche Berufe sie dabei erlernen, und *drittens*, aus welchen Wohnkantonen sie stammen. Diese ersten deskriptiven Analysen einer Berufsbildung gegen Bezahlung werden auf der empirischen Grundlage des Datensatzes der Längsschnittanalysen im Bildungsbereich (LABB) des Bundesamtes für Statistik (BFS 2022) durchgeführt. Der Analyse vorgelagert wird kurz dargelegt, weshalb es aus einer bildungssoziologischen Perspektive mit Blick auf Bildungsungleichheiten relevant ist, diese berufsbildenden Privatschulen zu erforschen.

Kostenpflichtige berufsbildende Privatschulen: Eine ungleichheitssoziologische Einordnung

Die kostenpflichtigen berufsbildenden Privatschulen wurden bisher weder in der Berufsbildungs- noch in der Privatschulforschung berücksichtigt. Zwar wird bei Ersterer die Bedeutung privater Akteur:innen betont, jedoch bezieht sich dies ausschliesslich auf die ausbildenden Betriebe. Letztere wiederum fokussiert auf exklusive Bildungseinrichtungen wie Elitegymnasien und International Schools. Nur eine Auftragsstudie zur schulisch organisierten Berufsbildung erwähnt am Rande private Handels- und Informatikmittelschulen (Wettstein und Amos 2010) und stellt fest, dass sich diese in einer «Marktlücke» des Berufsbildungssystems positionieren.² Es wird also davon ausgegangen, dass der Lehrstellenmarkt Lücken aufweist, die entweder von Anbietern geschlossen werden, die «in anderen Märkten arbeiten (Privatschulen!), oder bei denen die öffentliche Hand das Angebot bereitstellt» (ebd.: 26).

Zurzeit bieten rund 50 Privatschulen in knapp 20 Städten berufsbildende Lehrgänge gegen Bezahlung an; z. B. die Minerva Schulen, das Feusi Bildungszentrum, die FREI'S Schulen und neu auch die Klubschule Migros. Diese Schulen sind hauptsächlich in Zentren wie Zürich, Bern oder Genf, aber auch in kleineren Städten wie St. Gallen angesiedelt.

¹ Zur Präzisierung sei angemerkt, dass diese Privatschulen keinesfalls Diplome gegen Bezahlung ausstellen. Wohl aber bereiten sie gegen Bezahlung eines Schulgelds auf das berufliche Qualifikationsverfahren sowie die Berufsmaturitätsprüfung vor.

² Weiter findet sich auch eine Auftragsstudie, die von der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH; Professur für Bildungssysteme) im Auftrag der AKAD, d. h. im Auftrag einer berufsbildenden Privatschule, durchgeführt wurde (Au Yong Lyn et al. 2022). Da es in dieser Studie primär darum ging, unterschiedliche Varianten des schulinternen Berufsmaturitätslehrgangs bezogen auf die Abschlussquote zu evaluieren, lassen sich daraus keine übergeordneten Erkenntnisse ableiten.

Im Unterschied zu den öffentlichen Mittelschulen wie auch zu den dualen Berufslehren scheinen die Privatschulen keine Aufnahmebedingungen und Zugangsbeschränkungen zu kennen.³ Deshalb ist es möglich, dass Jugendliche, die auf dem Lehrstellenmarkt vonseiten der Betriebe nicht berücksichtigt werden oder die die kantonalen Zugangsbedingungen für die BMS nicht erfüllen, Zugang zur beruflichen Grundbildung oder der BMS finden, sofern sie bzw. ihre Eltern willens und fähig sind, das hierfür nötige Schulgeld aufzubringen. In einer Ungleichheitsperspektive kann dies problematisiert werden, da sich die eingangs skizzierten Ungleichheitsdynamiken beim Zugang zur Berufsbildung um die Dimension der Bezahlung, d. h. des finanziellen Kapitaleinsatzes, verschärfen könnten (Preite 2021).

Zur Einordnung sei angemerkt, dass Privatschulen im Bereich der beruflichen Grundbildung Schulgeld von insgesamt 35 000 bis 50 000 Franken, im Bereich der BM insgesamt etwa 15 000 Franken verlangen. Verglichen mit Privatschulen

im allgemeinbildenden Bereich der Sekundarstufe II, die je nach Exklusivität der Bildungseinrichtung für vier Jahre Schulzeit und Maturität (Fachmittelschule, Gymnasium) insgesamt zwischen 150 000 und 200 000 Franken Schulgeld verlangen, kostet eine berufliche Grundbildung mit Fachhochschulreife rund drei- bis viermal weniger. Gemessen am Schulgeld stuft der Markt der Privatschulen die allgemeinbildenden Ausbildungswege auf der Sekundarstufe II somit als wertvoller ein als die berufsbildenden Wege.

Ausmass und Entwicklung: Eine quantitative Annäherung

Aus deskriptiven Analysen der LABB-Daten wird sichtbar, dass das Phänomen der Berufsbildung gegen Bezahlung schweizweit marginal ausgeprägt ist.⁴ Für das Jahr 2018 betrifft es 1 % aller beruflichen Grundbildungen; das sind in absoluten Zahlen rund 2 400 Lernende. Im Bereich

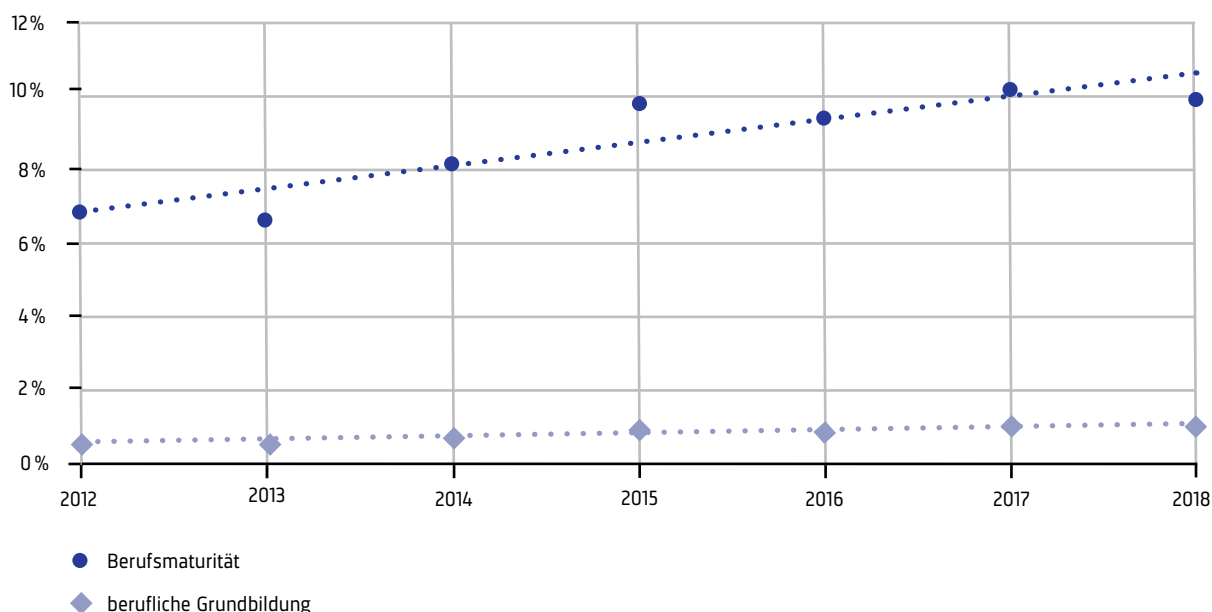


Abbildung 1: Anteil Lernender in kostenpflichtigen Berufsausbildungen der Sekundarstufe II zwischen 2012 und 2018 (Quelle: LABB (BFS); eigene Berechnungen).

³ Auf der Basis einer qualitativen Inhaltsanalyse der Websites aller kostenpflichtigen berufsbildenden Privatschulen lässt sich zum Zeitpunkt der Publikation dieses Beitrags festhalten, dass nur eine Schule kantonal geregelte Zulassungsbedingungen in Form eines spezifischen Notenschnitts des Abschlusses auf Sekundarstufe I kennt. Diese kantonale Regelung scheint insofern eine Änderung, als dass diese Schule bis vor einem Jahr (Stand November 2021) keine Zulassungsbedingung aufführte. Für alle anderen Schulen genügt der Abschluss der Sekundarstufe I und im Falle der BMS das Eidgenössische Fähigkeitszeugnis (EFZ) als formale Zulassungsbedingung.

⁴ Im LABB-Datensatz wird basierend auf der Statistik der Lernenden (SDL) nur der Charakter der Schulen (Trägerschaft, Subventionierungsgrad) erfasst. Es wird jedoch nicht erhoben, ob Lernende Schulgeld bezahlen. Auf der Basis einer qualitativen Inhaltsanalyse der Websites der Privatschulen führt der Autor seit 2018 eine alljährlich aktualisierte Liste aller kostenpflichtigen berufsbildenden Privatschulen mitsamt ihren Bildungsangeboten und Zulassungsbedingungen sowie der Zusammensetzung der Schulkosten. Diese Liste wurde in Absprache mit dem BFS als Grundlage für die Filterung der Privatschulen verwendet. Angemerkt sei des Weiteren, dass die hier dargestellten quantitativen Angaben eher als konservative Annäherung zu lesen sind, zumal es für einzelne Kantone in der SDL bei privaten Handelsschulen z. T. üblich scheint, die ersten zwei Ausbildungsjahre mit dem verbandsinternen Diplom privater Handelsschulen, dem «Handelsdiplom VHS», zu zertifizieren, und erst mit Abschluss der Berufsausbildung auch die Bezeichnung «Kaufmann/-frau EFZ» aufzuführen. Diese Lernenden sind in den nachfolgenden Angaben nicht enthalten, zumal sich bis anhin noch keine valide Form finden liess, wie diese Fälle gesichert herausgefiltert werden können.

der BM ist der Anteil mit 10 % grösser (in absoluten Zahlen rund 1 000 Personen). Seit Beginn des Erhebungszeitraums der LABB-Daten im Jahr 2012 zeigt sich in beiden Bereichen eine anteilmässige Zunahme.

Eine Differenzierung hinsichtlich des Wohnkantons der Lernenden für das Jahr 2018 zeigt, dass diese primär aus Nordostschweizer Kantonen wie Zürich (2,4 %), St. Gallen (2 %) Thurgau (1,8 %), Appenzell Ausserrhoden (1,5 %), Appenzell Innerrhoden (1,2 %) sowie Schwyz (1,1 %) stammen. Bezüglich der BM stechen als Wohnkanton erneut Zürich (21,6 %) sowie der Aargau (19,5 %)

hervor, gefolgt von Basel-Stadt (17,3 %), Basel-Landschaft (16,4 %), Schwyz (15 %), Solothurn (14,2 %) und Bern (11,1 %). Bei der Berufsbildung gegen Bezahlung handelt es sich somit primär um ein Deutschschweizer Phänomen, das im Tessin sowie in der Romandie – mit Ausnahme der Kantone Waadt und Genf im Bereich der beruflichen Grundbildung – kaum bis gar nicht vorhanden ist.

Mit Blick auf das Durchschnittsalter im ersten Ausbildungsjahr zeigt sich, dass die Lernenden in den kostenpflichtigen Berufsausbildungen im Vergleich zu den nicht kostenpflichtigen Berufsausbildungen ein bis zwei Jahre

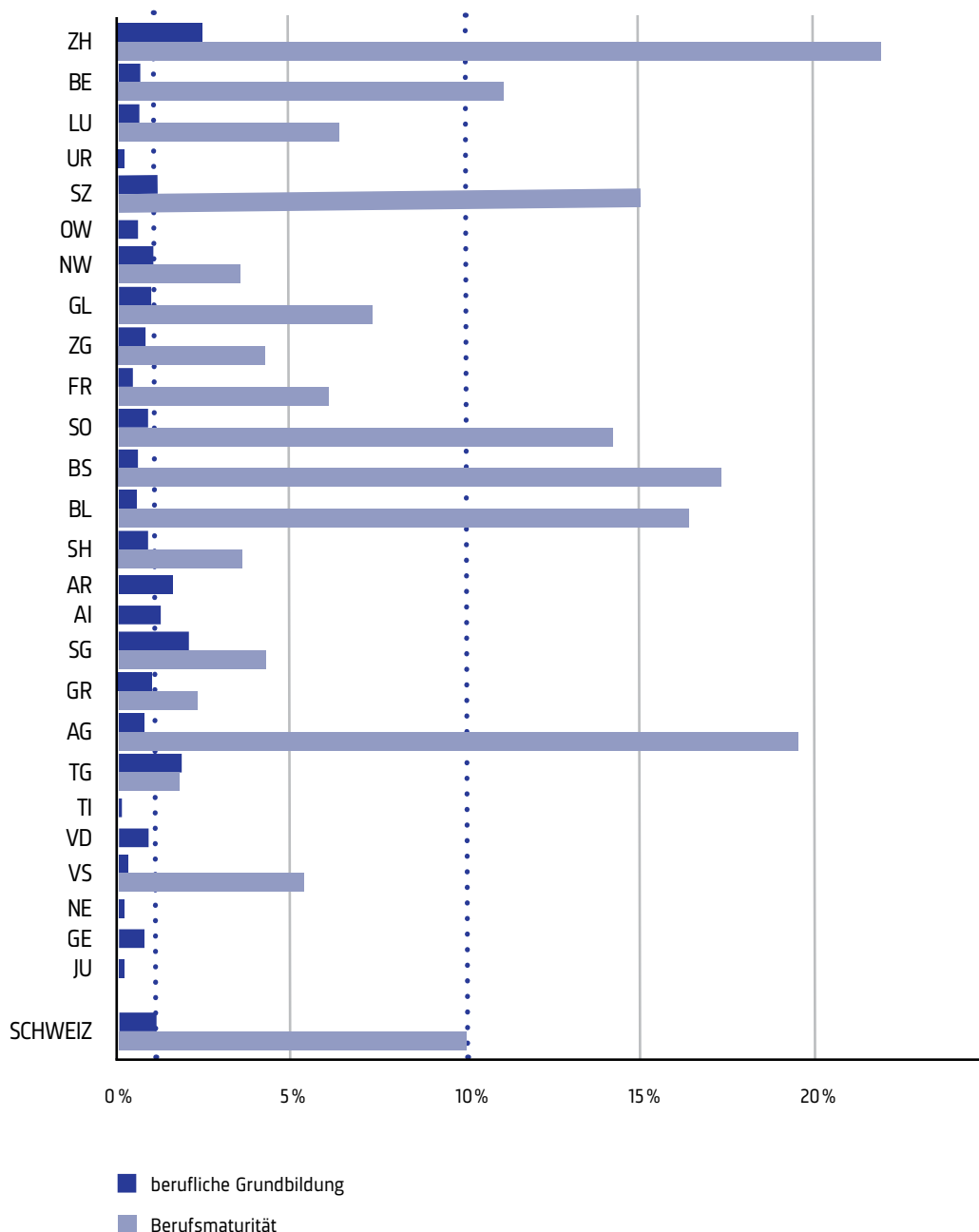


Abbildung 2: Anteil Lernender in kostenpflichtigen Berufsausbildungen der Sekundarstufe II im Jahr 2018 nach Wohnkanton (Quelle: LABB (BFS); eigene Berechnungen).

älter sind. Differenziertere Bildungsverlaufsanalysen könnten genauere Erkenntnisse liefern, welche Vorgesichten diesen kostenpflichtigen Berufsausbildungen im Einzelnen vorausgegangen sind.

Hinsichtlich der Ausbildungsberufe dominieren Handels- und Informatiklehren. Diese machen zusammen drei Viertel aller kostenpflichtigen beruflichen Grundbildungen zwischen 2012 und 2018 aus (Kaufrfrau/-mann EFZ 40 %; Informatiker-in EFZ 36 %). Das restliche Viertel verteilt sich auf Berufe der medizinischen Praxisassistenten (11 %), gestalterische Berufe (6 %) sowie Kosmetiker-in, Coiffeur-in (6 %) und Detailhandel (1 %).

Fazit

Kostenpflichtige berufsbildende Privatschulen wurden bis anhin weder in der Berufsbildungs- noch in der Privatschulforschung untersucht. Entsprechend finden sich diesbezüglich kaum gesicherte Erkenntnisse. Dieser Beitrag bietet erstmals eine quantitative Annäherung an berufsbildende Privatschulen in der Schweiz. In bildungswissenschaftlicher und bildungspolitischer Hinsicht sind diese Schulen bedeutsam, weil sie gegen Bezahlung einen Zugang zum Berufsbildungssystem eröffnen. Im Gegensatz zu den öffentlichen Mittelschulen und dem Lehrstellenmarkt kennen sie weder bezüglich der beruflichen Grundbildung noch der Berufsmaturität formale Zugangsbeschränkungen (vgl. Fussnote 3).

Erste deskriptive Analysen zeigen, dass es sich bei der *Berufsbildung gegen Bezahlung* um ein Deutschschweizer Phänomen handelt, mit Fokus Nordostschweiz für die berufliche Grundbildung. Bezogen auf die Berufe sticht dabei die KV- und Informatikausbildung hervor; ferner auch die Ausbildung zur medizinischen Praxisassistenten sowie einzelne gestalterische Berufe. Nicht zuletzt sei angemerkt, dass die kostenpflichtigen Lehrgänge häufiger für die Vorbereitung auf die Berufsmaturität besucht werden als für die Absolvierung einer beruflichen Grundbildung. Auf der Basis empirischer Studien ist erst noch in Erfahrung zu bringen, welche Lernenden aufgrund welcher Umstände für ihre Berufsbildung bezahlen. Nur so lassen sich – in einem zweiten Schritt – weiterführende empirische Erkenntnisse dazu ableiten, wie dieses Phänomen der Berufsbildung gegen Bezahlung in einer Ungleichheitsperspektive zu deuten ist.

Résumé

Formation professionnelle contre paiement

Largement ignorées par les sciences et la politique, des écoles privées proposent des formations professionnelles dans le cadre de la formation initiale et de la maturité professionnelle contre le paiement de frais de scolarité. Contrairement aux gymnases, aux écoles de culture générale et au marché des places d'apprentissage, ces écoles privées ne connaissent pas de procédures de sélection ni de restrictions d'accès pour les élèves. L'article tente, sur la base des données LABB (analyses longitudinales dans le domaine de la formation) de l'Office fédéral de la statistique, de donner un aperçu de l'ampleur et du développement de cette formation professionnelle contre paiement. Il en ressort qu'il s'agit en premier lieu d'un phénomène suisse alémanique, qui est particulièrement marqué dans le domaine de la maturité professionnelle.

Literatur

Au Yong Lyn, Audrey et al. 2022. Schlussbericht zum AKAD-Bildungsangebot zur Berufsmaturität II. Chair of Education Systems, Department of Management and Technology, ETH Zurich: Zürich.

Bundesamt für Statistik (BFS). 2022. Längsschnittanalysen im Bildungsbereich. BFS: Neuchâtel. <https://dam-api.bfs.admin.ch/hub/api/dam/assets/22304689/master> (abgerufen am 6.10.2022).

Imdorf, Christian. 2017. Understanding discrimination in hiring apprentices: How training companies use ethnicity to avoid organisational trouble. In *Journal of Vocational Education & Training* 69(3): 405-423. <https://doi.org/10.1080/13636820.2016.1278397>.

Meyer, Thomas und Stefan Sacchi. 2020. Wieviel Schule braucht die Berufsbildung? Eintrittsdeterminanten und Wirkungen von Berufslehren mit geringem schulischen Anteil. In *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 72(1): 105-134. <https://doi.org/10.1007/s11577-020-00679-y>.

Murdoch, Jake et al. 2017. Pathways fostering mobility to higher education for vulnerable immigrants in France, Switzerland and Canada. In *European Journal of Higher Education* 7(1): 29-42. <https://doi.org/10.1080/21568235.2017.1254918>.

Preite, Luca. 2022. Widerstand als Selbstbehauptung. «Gefährdete» Jugendliche im Berufsbildungs- und Übergangssystem. Bielefeld: transcript Verlag. <https://doi.org/10.1515/9783839463444>.

Preite, Luca. 2021. Berufliche Grundbildung gegen Bezahlung. Eine Fallstudie von den Rändern des Schweizer Bildungssystems. In *Widerspruch* 76: 41-47.

Sacchi, Stefan und Thomas Meyer. 2016. Übergangslösungen beim Eintritt in die Schweizer Berufsbildung: Brückenschlag oder Sackgasse? In *Swiss Journal of Sociology* 42(1), 9-39. <https://doi.org/10.1515/sjs-2016-0002>.

Scharnhorst, Ursula und Marlise Kammermann. 2020. Who is included in VET, who not? In *Education + Training* 62(6): 645-658. <https://doi.org/10.1108/ET-11-2019-0248>.

Schwiter, Karin et al. 2014. Warum sind Pflegefachmänner und Elektrikerinnen nach wie vor selten? Geschlechtersegregation in Ausbildungs- und Berufsverläufen junger Erwachsener in der Schweiz. In *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 40(3): 401-428.

Wettstein, Emil und Jacques Amos. 2010. Schulisch organisierte berufliche Grundbildung. Eine Studie im Auftrag des SKKB. Zürich und Genf: Berufsbildungsprojekte Wettstein. <https://edudoc.ch/record/109417?ln=de> (abgerufen am 6.10.2022).